

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 107 (2013)
Heft: 3

Artikel: Das Asylreferendum : Zeichen der Kontinuität oder neuer Elan?
Autor: Glättli, Balthasar
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-390409>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

«Asylgesetz auf dem Prüfstand: Bringt rascheres Verfahren (k)einen Substanzabbau?» betitelt der «Tages-Anzeiger» ein Interview pro und kontra Asylgesetz-Referendum. «Es geht nicht um eine Verschärfung, sondern um eine Effizienzsteigerung», wird ein Argument hervorgehoben – «Die Praxis entspricht nicht mehr liberalen und humanitären Grundsätzen», lautet die Entgegnung.

Die Debatte bewegt. Auch innerhalb der Linken. Können schnellere Verfahren die Schweiz entlasten – und sind sie vielleicht sogar für die Asylsuchenden selbst besser, vor allem dann, wenn mit der Beschleunigung auch Verbesserungen in der Rechtsvertretung verbunden sind? Oder handelt es sich bloss um eine weitere Drehung der Verschärfungs-Schraube? Diese heiklen Fragen werden wir in den nächsten Monaten beantworten müssen, wenn Bundesrätin Simonetta Sommaruga die Gesetzesvorlage für die Umsetzung eines «Modell Holland» in der Schweiz in die Vernehmlassung schicken wird. Bei einem ist man sich, ob im Positiven oder Negativen, einig: Simonetta Sommaruga will grundlegende Änderungen anpacken. Das bezweifelt höchstens die SVP.

Was so neu scheint, ist es allerdings nicht. Den oben zitierten Titel im «Tagi» und die Interview-Zitate habe ich tief im Archiv vergraben gefunden. Das Gespräch zwischen Nationalrat Paul Rechsteiner und dem damaligen Delegierten für das Flüchtlingswesen, Peter Arbenz, fand am 17. September 1986 statt, aus Anlass des allerersten Asylgesetz-Referendums.

Ein Sisyphus-Kampf

Nicht nur die Argumentationsmuster wiederholen sich – das Engagement für die Rechte von Flüchtlingen und gegen immer neue Asylgesetzverschärfungen gleicht insgesamt einem Sisyphus-Kampf, der über die Jahrzehnte hinweg geführt wurde und weiter geführt werden muss. Und die kleinen Erfolge, die es natürlich

Balthasar Glättli

Das Asylreferendum – Zeichen der Kontinuität oder neuer Elan?

Wer hätte das gedacht: Ohne Unterstützung der SP oder grosser Organisationen wie der Flüchtlingshilfe ist das Asylreferendum zustandegekommen: mit 63 666 gültigen Unterschriften durchaus komfortabel. Wo aber steht die Solidaritätsbewegung nun? Und was bedeutet das für den Abstimmungskampf?

auch gibt, sie wurden immer nur im Einzelfall, im Kampf um ein konkretes Anwesenheitsrecht, erzielt. Ist es so zu erklären, dass gerade unter altgedienten KämpferInnen des Widerstands, auch unter bewegten AktivistInnen in der Welschschweiz, im letzten Sommer zuerst Zweifel laut wurden, ob denn ein Referendum überhaupt die richtige Reaktion sei auf die zehnte Revision des Asylgesetzes innert weniger als drei Jahrzehnten?

Nicht alleine. Wer länger in der Asylbewegung tätig ist, weiss nämlich, dass innerhalb der Unterstützungskreise der Flüchtlinge Debatten über den politischen Nutzen von Referenden und über den richtigen Weg des Widerstands gegen dauernde Verschärfungen eine lange Tradition haben. Entsprechende Diskussionen fanden ebenfalls bereits 1986 statt, im Umfeld des allerersten gegen die zweite Verschärfung des Asylgesetzes gerichteten Referendums. Damals waren es kleine Asylkomitees, Hilfswerke und Linksparteien, welche die Unterschriftensammlung lancierten. Interne Debatten löste das Referendum bei der SP aus – schliesslich fand aber die damalige Nationalrätin Yvette Jaggi am Parteitag in Lausanne keine Mehrheit für ihr Argument, die Unterstützung des Referendums könnte fremdenfeindlichen Tendenzen Auftrieb geben.

Umstritten war das Referendum aber auch linksaußen. Einige Lausanner und Genfer AktivistInnen, darunter auch die heute noch in Flüchtlingsfragen engagierte Professorin Marie-Claire Caloz-Tschopp, hatten sich in einem gemeinsamen Dokument gegen die Lancierung ausgesprochen. Als Alternative propagierten sie den konkreten Basiswiderstand. Patenschaften für Flüchtlinge und private Flüchtlingsschutz-Netzwerke, «als Einsatz einer wirklichen direkten Demokratie». Man müsse die Asylfrage aus der humanitären Ecke befreien und in einem breiteren Kontext sehen: dem Widerstand einer breiteren sozialen Bewe-

gung «gegen einen autoritären Staat, in dem immer stärker bürokratische Willkür vorherrscht».

Aus der Nähe sieht vieles anders aus

Die Zeit solch öffentlich geführter intellektueller Grundsatzdebatten ist heute offensichtlich vorbei – dennoch war diesen Früherbst lange unklar, ob es zu einem Referendum kommen würde. Die Entscheidung führten schliesslich Aktivistinnen und Aktivisten von Basisgruppen herbei, VertreterInnen der teils im Rahmen von offener Kirche entstandener Solidaritätsnetze, jüngere Engagierte auch der jungen Grünen – jünger nur teils im Alter, jünger vor allem aber auch in ihrem Engagement.

Sie waren geprägt von ihrer klaren Haltung gegenüber Verschärfungen, welche in der Konsequenz nur dazu führen werden, dass Menschen, die heute zu Recht in der Schweiz Schutz geniessen, diesen gar nicht mehr finden können – weil das Botschaftsasyl abgeschafft wird und Dienstverweigerer bloss noch eine vorläufige Aufnahme zu erhalten drohen, was den Familiennachzug um Jahre hinausschiebt. Und motiviert von der Überzeugung, eine solche Verschärfung dürfe zumindest nicht ohne demokratischen Widerstand erfolgen.

Welche Sprache finden?

Diese Position für ein Referendum wurde getragen von Menschen, welche neben vielen anderen Belastungen in ihrem Alltag in Freiwilligenarbeit dem schweizerischen Umgang mit Flüchtlingen ein anderes Gesicht geben – und die dabei auch andere Geschichten erleben als jene, welche die Schlagzeilen prägen und die Hassreden einiger Politiker. Geschichten von Angst – und Hoffnung. Geschichten von Ausweglosigkeit. Geschichten vor allem, die bei genauerem Hinschauen nicht nur vielseitiger, manchmal auch widersprüchlicher werden, sondern vor allem auch menschlicher, zerbrechlicher, nachvollziehbarer.

Für die Solidaritätsbewegung bedeutet dieses Referendum vorab, dass sie sich aus ihrer ganzen Vielfalt zu gemeinsamen politischen Botschaften zusammenraufen muss. Eine riesige und eine schwierige Aufgabe: die Herausforderung, eine Sprache zu finden, welche über die Bewegten hinaus verstanden wird.

Ich bin überzeugt: Der alte Rückgriff auf das Argument, das Erbe der «humanitären Schweiz» müsse bewahrt werden, reicht hier nicht aus. Die «humanitäre Schweiz» der Vergangenheit gehört vielmehr hinterfragt: vor dem Wissen, dass unser Land im Zweiten Weltkrieg Tausende jüdischer Flüchtlinge an die Grenze stellte, als die Konsequenzen für die Betroffenen den Verantwortlichen bereits klar waren.

Gegen den Rassismus ohne Rasse

Ich bin fest überzeugt, dass nur eine klare und selbstbewusste eigene Haltung auch das nötige Gehör finden kann und das Potenzial hat, immer wiederholte Argumentationsmuster aufzubrechen. Die öffentliche Argumentation kann meines Erachtens als Ausdruck eines modernen Rassismus ohne Rasse ge deutet werden, wie ihn Christian Geulen in seiner äusserst lesenswerten kleinen «Geschichte des Rassismus» beschreibt. Ein Rassismus, der nicht mehr die Überlegenheit einer biologischen Herkunft und Abstammung zum natürlichen und damit nicht zu hinterfragenden Faktor erklärt, sondern das rassistische Verhalten selbst. Die Praxis der Reinhaltung, der Selektion, des Ausschlusses, des Schutzes vor Überfremdung. Fremdenfeindlichkeit tönt in dieser Sprache dann so beiläufig normal und verständlich wie der Ruf nach Natur- und Artenschutz (Geulen 2007, S. 112).

Wer Rassismus dagegen bloss als «dumpfe, irrationale Ideologie in den Köpfen unverbesserlicher Menschenhasser» missversteht, verdrängt, dass er eine «von Anfang an (...) in der politischen Rationalität der Neuzeit veran-

kerte Möglichkeit der extremen und exzessiven Selbstfindungs- (...) und Weltverbesserungspolitik» ist, welcher nicht bloss diskriminiert, sondern ebenso die Welt erklärt, nicht bloss abwertet, sondern eine «Korrektur des Ganzen» anstrebt (Geulen 2007, S. 117ff).

In diesem Zusammenhang ist übrigens auch der Hype der offiziellen Integrationspolitik kritisch zu hinterfragen, die allzu oft nicht die Sicherung der aktiven und selbstbestimmten gesellschaftlichen und politischen Teilhabe zum Ziel hat, sondern vielmehr ein effektives Management kulturalisierter Defizite anstrebt.



Und im Abstimmungskampf?

Aber klar: Solche Analysen sind sicher zu intellektuell für einen Abstimmungskampf. Wir müssen Formen positiver Erzählungen finden oder gar offene Fragen formulieren, um erfolgreich die «natürlichen» Ausgrenzungsmechanismen in unserer Gesellschaft zu hinterfragen: Erklären wir offensiv eine neue Form der Gastfreundschaft zum Ziel. Brechen wir als politisch-symbolische Aktion das Brot mit den «Fremden». Klagen wir die Renitenzen-Zentren als das an, was sie sind: Lager. Und fragen wir das Gegenüber, das die Ausgrenzung der Flüchtlinge als notwendige Verteidigung rechtfertigt, ob sie, ob er sich nicht lieber eine Welt des Miteinanders vorstellen würde? Wie sie aussähe? Wer andere Bilder denkt, kann sich auch sonst verändern.

Eines aber dürfen wir, so innerlich wütend wie nach aussen geduldig, auch nicht vergessen: die falschen Argumente, die tausendfach wiederholten, konsequent richtigzustellen.

Balthasar Glättli,
Nationalrat Grüne